

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 27, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3169

## Inhalt:

Unser Verbandstag in Dresden. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908. — Gewerkschaften der Gemeindearbeiter Großbritanniens und Irlands. — Der 5. Kongreß der Krankenkassen Deutschlands. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Eingegangene Schrift- und Bücher.

## Unser Verbandstag in Dresden.

Es ist Vorfrage getroffen, das Protokoll unseres 5. Verbandstages diesmal frühzeitig erscheinen zu lassen. Wir können uns daher auf eine kurze Wiedergabe der wichtigeren Vorgänge in Dresden beschränken.

Die Eröffnungsfeste erfolgte bereits am Sonntag abend und die Dresdener Kollegen hatten ein ausgewähltes Programm zum Empfang der Delegierten vorbereitet. Nach Ansprachen der Kollegen Viskien und Wobs sowie der Begrüßungsreden unserer dänischen Kollegen wurde folgendes Antwortschreiben des Dresdener Magistrats auf unsere Einladung bekenntnisgeben:

„Für die gefl. Einladung zu dem in der Woche vom 23. bis 29. Mai im Volkshaus stattfindenden Verbandstage danken wir herzlich ergebenst.  
Der Rat der Stadt Dresden.“

Mit Recht hob Kollege Wobs hervor, daß dieses Schreiben recht zweideutig abgefaßt sei. Man konnte herauslesen, daß eine Vertretung erscheinen werde, aber auch, daß man sich dafür bedankt in dieser Versammlung zu erscheinen. Namentlich ist im Laufe der Tagung niemand erschienen. Es wäre ja auch eines Dresdener Stadtrats oder gar des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Wentler „unwürdig“ gewesen, von Arbeitern etwas lernen zu können in bezug auf kommunale Arbeiterpolitik. Aber am Ende war der Dresdener Magistrat durch Verhinderung irgendeiner der verschiedenen Turner- oder patriotischen Veranstaltungen so in Anspruch genommen, daß es ihm beim besten Willen nicht möglich war, zu erscheinen.

Auch die büraerlichen Stadtverordneten hatten trotz Einladung niemanden entsandt, während die sozialdemokratischen Stadtverordneten während der ganzen Tagung abwechselnd an den Verhandlungen als Zuhörer teilnahmen. Namens der Fraktionsdelegierten hielt Gen. Krüger eine Begrüßungsansprache.

Die Konstituierung des Verbandstages ergab als Resultat: Preißler Dresden und Wukfu Berlin zu Vorsitzenden. Die Tagungszeit wurde von 8 1/2 Uhr festgesetzt. Der Antrag Breslau auf Sonderdelegation wurde abgelehnt.

Den Geschäftsbericht für die verfloßenen drei Jahre erstattete Kollege Wobs. Er leitete an Hand unserer Mitgliebertbewegung den gegenwärtigen Stand unserer Organisation dar und wies nach, daß die verfloßene Geschäfts-

periode uns über 10 000 Mitglieder gebracht hat. Auch die Stabilität sowie der Prozentfuß der zahlenden Mitglieder sind im Steigen begriffen. Eine ausführliche Darstellung fanden Differenzen in Breslau und Nürnberg. Das Organisationsverhältnis des Pflegepersonals liegt noch andauernd im argen; hier muß für die Zukunft intensiver gearbeitet werden. Unser Verhältnis zu den anderen Organisationen hat sich wesentlich gebessert. Mit den Fabrikarbeitern und Gärtnern haben wir Kartellverträge abgeschlossen, auch mit den Transportarbeitern sind Abmachungen getroffen. Sinegen stellt uns die Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses unter ein Ausnahmegericht. Würden wir nach dieser Resolution verfahren, dann müßten wir den Vankrott erklären. Die gegnerischen Organisationen haben sich verschiedentlich in städtischen Betrieben bemerkbar gemacht. Besonders kommen die „Christlichen“, größtenteils aber auch „gelbe“ sowie „unabhängige“ Vereine in Betracht. Bei der Ausbildung von Verbandsbeamten sind uns oftmals Schwierigkeiten erwachsen um die geeigneten Kräfte zu erhalten. Das Hauptbureau war nur zu oft Durchgangsstation, woraus sich zum Teil auch das späte Erscheinen des Geschäftsberichts erklärt. Aber auch seitens größerer Filialen wird uns nicht immer die Arbeit erleichtert. Es werden Statistiken oder Fragebogen monatelang unbeantwortet gelassen. Maßregelungen waren in den letzten drei Jahren wieder ziemlich zahlreich, und verschiedentlich waren unsere Kollegen genötigt, in den Streik zu treten, um eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzusetzen.

Nach einem Bericht der Mandats-Prüfungskommission gab Kollege Kfmann den Massenbericht, der uns ein erfreuliches Bild von unserer wachsenden finanziellen Stärke vor Augen führte. Immerhin muß auch weiter für die nötigen Einnahmen gesorgt werden, damit wir in der Lage sind, den wachsenden Ansprüchen genügen zu können.

Nach dem Ausschußbericht, den Kollege Schulz-Hamburg gab, erfolgte der Bericht über die Presse, den Kollege Dittmer erstattete. Eingehend wurden Aufgaben, Wirkungsweise und Mitarbeiter an unserem Organ dargelegt.

Für die Preßkommission erörterten Kollege Wukfu u. a. einige Differenzen mit dem Verbandsvorstand, die sich 1906 anlässlich der Aufnahme des Sebaldischen Artikels über die Straßenbahner ergeben hatten. Unser Fachorgan sei an Inhalt wie Umfang durchaus auf der Höhe. Die Sozialpolitik sei gebührend berücksichtigt worden.

Mit diesen Referaten war die Montagtagung beendet. Der folgende Tag brachte die ausgedehnten Debatten zum Geschäftsbericht. Dabei spielten die Erörterungen über die Vorgänge in Breslau und Nürnberg eine große Rolle. Auch der Vertreter der Generalkommission, Genosse Bauer,

genommen worden? Die meisten städtischen Arbeiter erhoffen eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse durch die Einführung der allgemeinen Arbeitsordnung.

**Essenbach a. M.** Unsere Zentrale hielt am 11. Mai eine Mitgliebertagung ab. Unter anderem wurden auch die Gepligten, denen der Unternehmer bei der Straßenbahn befreit. Es wurde allgemein scharf getadelte, daß auswärtige Arbeiter eingestellt und die Essenbacher abgewiesen werden, welche ebenbürtig die Arbeit leisten können, wie die auswärtigen. Allgemein wurde mit dem Antrag des Stadtverordneten Samel in der letzten Stadtverordnetenversammlung imputiert, wonach bei Submissionen der Unternehmer anzuhalten werden soll, vorwiegend Essenbacher Arbeiter zu beschäftigen. Zur Frage der Beschäftigung von älteren und erwerbsbeschränkten Arbeitern wies man nach, daß noch eine ganze Anzahl untergebracht werden könnte, wenn nur der gute Wille vorhanden wäre. So bei der Straßenreinigung. Wenn mit der Mehrmaschine gelebt wird, sind die paar alten Leute nicht imstande, ebenso schnell die Trottoirs abzubrechen, weils ihrer zu wenige sind; sie müssen infolge dessen ganze Strecken liegen lassen, damit sie bei der Mehrmaschine bleiben. Hier wären ganz gut einige Mann unterzubringen, wenn gründlich gereinigt werden soll. Auch in anderen Betrieben werden Arbeiten verrichtet von Vollarbeitern, welche von Erwerbsbeschränkten gemacht werden könnten, und erstere beschäftigen man im Betriebe wie die anderen Vollarbeiter auch. Also wenn man sich genügend umsieht, könnte man eine ganze Anzahl erwerbsbeschränkter Leute unterbringen und brauchte sie nicht auf die entbehrliche Armenunterstützung zu verweisen.

**Frankfurt a. M.** In Nr. 20 der „Gewerkschaft“ ist unter „Rundschau“ eine dem „Vorwärts“ entnommene Betrachtung über: „Die Gewerkschaften und der Achtstundentag“ enthalten. Es werden in dieser Notiz in der Hauptsache die Erfolge unseres Verbandes in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit hervorgehoben. Es heißt da u. a., daß nun auch die neunstündige Arbeitszeit für alle städtischen Arbeiter in Frankfurt a. M. eingeführt wurde. Dem ist nicht so. Wohl hat die Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1908 beschlossen, daß die neunstündige Arbeitszeit ab 1. April 1909 für alle Arbeiter eingeführt werden soll. Der Magistrat in seinem Egoismus und Arbeiterfeindschaft leidet es aber „dringlich“ ab, für alle Arbeiter eine einheitlich verkürzte Arbeitszeit einzuführen. Nichtig ist nur, daß für die Arbeiter der Bezirke I und II und der Uniformreinigung des Elektrizitätswerkes, das gesamte Personal des Mabelnches wurde ausgenommen ab 1. April der Achtstundentag eingeführt wurde. Nicht einmal der Kolonnenführer des Achtstundentag für das Schichtwechselpersonal wurde durchgehoben. Die Arbeiter der Elektrizitätswerke hat daher sofort eine neue Bewegung um Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet. In der Stadtadtluereit, wo die Mollsegen in den Sommermonaten nach 11 Stunden arbeiten mußten, wurde dies nun auch auf 10 Stunden beschränkt. Das sind aber auch die ganzen Erfolge der nach außen hin so hoch gezeichneten nun städtischen Arbeiterfürsorge in Frankfurt a. M. Es wird nach den Erfahrungen, die man mit dem Frankfurter Magistrat gemacht, erst nach häufigem Zeugnis der Organisation nachgehoben werden müssen, um dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Geltung zu verschaffen.

**Worms.** Am 3. Mai fand im Gewerkschaftsbaus eine Mattationsversammlung statt. Die Neuregelung der Lohnverhältnisse durch einen Lohnarif wird anscheinend als Geheimnis behandelt. Denn bis jetzt hat überhaupt noch kein Arbeiter etwas Schriftliches davon gesehen, viel weniger, daß der Tarif öffentlich angeschlagen würde. Es wurde ja schon verschiedentlich der Versuch gemacht, nähere Erläuterungen über die Staffeln der Lohnskala zu erhalten, aber jeder Versuch scheiterte mit der Bemerkung, sie die Vorgesetzten könnten darüber keine Auskunft geben. Näheres könne man nur bei der Bürgermeisterei erfahren. — Als furchig in der Stadtverordnetenversammlung bei der Beratung des Voranschlags für das laufende Jahr der Stadt, Genosse Engelmann die Anfrage stellte, warum der Lohnarif den Stadtverordneten nicht vorgelegt wurde, wurde ihm folgende autoritative Antwort erteilt: „In dieser Sache lasse er (der Oberbürgermeister) sich überhaupt nichts drein reden. Es wäre bisher so geschehen und so auch diesmal, und wenn der Tarif vorgelegt worden wäre, dann wäre doch ein Paar darin gefunden worden.“ — Was die Lohnverhältnisse anbelangt, so haben die Arbeiter zu ihrem bisherigen Dunderlohn einen ganzen Pfennig Zulage erhalten. Bisher wurden von 6 Uhr abends ab für Nichtschichtarbeiter 25 Proz. Zuschlag bezahlt, nach dem neuen Tarif erst von 9 Uhr abends ab. Auf Verstellung werden einige Arbeiter bei ihren Vorgesetzten wegen Wegfall der 25 Proz. Zuschlag, wurde ihnen gesagt, daß dies eine soziale Einrichtung wäre, damit nicht mehr soviel Heberstunden gemacht würden! Aber die Arbeiter werden einfach zum Dienst kommandiert, und so müssen eben die Heberstunden gemacht werden. Hat ein Arbeiter dringende Fälle im Interesse seiner Familie zu erledigen und möchte dieserhalb vom Dienst befreit sein, so kann er gleich die Bemerkung erhalten: „Der verdient auch

schon zubiell!“ In der Woche, wo die betreffenden Arbeiter zur Wache kommandiert sind, macht der Abzug 1,50 bis 1,80 M. aus. So wurden auch die Wochenlöhne, die bisher nur Vollarbeiter und Maschinenisten erhielten, in Stundenlöhne umgewandelt, damit auch die Feiertage nicht mehr bezahlt werden brauchen. So hatten z. B. die Maschinenisten, die im Wasserwerk, welche 3 Stunden weit weg von Worms im Wald wohnen, früher einen Anfangslohn von 28 M., steigend in sieben Jahren bis zum Hochlohn von 35 M., jetzt einen Anfangslohn von 25 M., steigend in vier Jahren bis zum Hochlohn von 35 M. Derartige ungebührliche Verschlechterungen werden den städtischen Arbeitern als soziale Einrichtung aufgetragen. — Deshalb sollten sich alle städtischen Arbeiter dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen, dann werden wir solchen Plakaten energisch entgegenzutreten können.

### Rundschau

**Christliche Geschäftskreise.** Vor etwa vier Jahren bestand in Moosburg einige Zeit eine Zählstelle des jetzigen christlichen Verbandes der Staats- und Gemeindefahrer. Voriges Jahr versuchte dieser in Moosburg bei den dortigen Wasserbauarbeitern neuerdings einzusetzen, aber ohne nennenswerten Erfolg. Um aber nunmehr wenigstens einige Mitglieder zu fassen, versiel man heuer auf einen besonderen Trick, der — weil gegen das christliche Verbandsstatut verstoßend — einem Betrug der eigenen Mitglieder gleichkommt. Nämlich diese vor vier Jahren organisierten Arbeiter, die damals 30 bis 60 Wochenbeiträge bezahlten, erhalten nun diese vor vier Jahren geleisteten Beiträge angerechnet, so daß sie zum Teil schon beim Eintritt in den christlichen Verband unterstützungsberechtigt sind. Auf dieses sündhafte Manöver fielen aber nur ein paar Arbeiter herein, während die übrigen darauf verzichteten, sich solche „ungenüßliche“ Vorteile zu sichern. Wenn jene „abtrünnigen“ Mitglieder, die ein volles Jahr bezahlten müssen, eher Unterstützungsberechtigt sind, mit solchen Geschäftskreisen auf ihre Kosten einverstanden sind, so kann es auch uns recht sein. Gesetze und Statuten scheinen beim christlichen Verbands nur dazu da zu sein, damit sie umgangen werden können.

**Konsumvereine für die Arbeiter in den Staatsbetrieben.** Eine Eingabe des Handwerks- und Gewerbetreibenden in Hannover an das Abgeordnetenhaus hatte gegen die Forderung der Konsumvereine durch staatliche Verwaltungsbürokratie gerichtet. Darauf ist nun folgende Antwort der nomalischen Staatsregierung erfolgt: „Im Verbands der Vergewaltigung hat die einseitige Forderung der Frage wiederum zu dem Ergebnis geführt, daß zwar von der Gewährung materieller Unterstützung an die Konsumvereine grundsätzlich Abstand zu nehmen ist, daß dagegen bei der meist höheren Lage der Vergewaltigung und bei der geringen Gesellschaftskenntnis und Sachverständigkeit der Beamten die Beteiligung der Beamten an Konsumvereinen und die Übernahme gewisser Ämter durch Beamte unter Umständen mit anderweitiger Gewährung der vorgesehener Behörde auch gegen Entgelt — notwendig ist, um die im Interesse der Volksgesundheit dringend erforderliche Erhaltung der Konsumvereine zu ermöglichen. Im Verbands der Eisenbahnenverwaltung sind die einschlägigen Verhältnisse durch Erlass vom 29. Juni 1904 geregelt. Eine Änderung dieser Bestimmungen ist zurzeit nicht in Aussicht genommen.“ Die „Konsumvereine Rundschau“ stellt aber hierzu fest, daß im Verbands der preussisch-berlinischen Eisenbahnenverwaltung, so z. B. in Mainz und in Elberfeld, nicht immer nach diesen Grundsätzen gehandelt wird.

### Totenliste des Verbandes.

<b>Anastasia Niek, München</b> Bayerin † 3. 5. 1909, 38 Jahre alt.	<b>Joh. Schreiberhock, Stuttgart</b> Katholikenanzünder † 14. 5. 1909, 61 Jahre alt.
<b>Robert Seher, Halle a. S.</b> Straßenreiner † 7. 5. 1909, 51 Jahre alt.	<b>J. Baiter, Ludwigshafen-Rh.</b> † 15. 5. 1909 im Alter von 47 Jahren.
<b>J. HeKriegel, Kaiserslautern</b> Straßenreiner † 10. 5. 1909, 33 Jahre alt.	<b>V. Stöckler, Mülhausen i. E.</b> Gasarbeiter † 17. 5. 1909, 50 Jahre alt.
<b>Wilhelm Wulfsen, Bremen</b> Parlarbeiter † 12. 5. 1909, 50 Jahre alt.	<b>Josef Lahn, Straßburg i. E.</b> Straßenreiner † 18. 5. 1909, 46 Jahre alt.

Chre them Andenken!

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 52, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3164

## Inhalt:

Unser Verbandstag in Dresden. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908. — Gewerkschaften der Gemeindefabrikanten Großbritanniens und Irlands. — Der 5. Kongress der Krankenkassen Deutschlands. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher.

## Unser Verbandstag in Dresden.

Es ist Vorfrage getroffen, das Protokoll unseres 5. Verbandstages diesmal frühzeitig erscheinen zu lassen. Wir können uns daher auf eine kurze Wiedergabe der wichtigeren Vorgänge in Dresden beschränken.

Die Eröffnungsfeier erfolgte bereits am Sonntagabend und die Dresdener Kollegen hatten ein ausgewähltes Programm zum Empfang der Delegierten vorbereitet. Nach Ansprachen der Kollegen Lischke und Mohs sowie der Begrüßungsreden unserer dänischen Kollegen wurde folgendes Antwortschreiben des Dresdener Magistrats auf unsere Einladung bekanntgegeben:

„Für die geistl. Einladung zu dem in der Woche vom 23. bis 27. Mai im Volkshaus stattfindenden Verbandstage danken wir hierdurch ergebenst. Der Rat der Stadt Dresden.“

Mit Recht hob Kollege Mohs hervor, daß dieses Schreiben recht zweideutig abgefaßt sei. Man konnte herauslesen, daß eine Vertretung erscheinen werde, aber auch, daß man sich dafür bedankt in dieser Versammlung zu erscheinen. Jedemfalls ist im Laufe der Tagung niemand erschienen. Es wäre ja auch eines Dresdener Stadtrats oder gar des Herrn Überbauernmeisters Dr. Ventler „unwürdig“ gewesen, von Arbeitern etwas lernen zu können in bezug auf kommunale Arbeiterpolitik. Aber am Ende war der Dresdener Magistrat durch Verhinderung irgendeiner der verschiedenen Turner oder patriotischen Veranstaltungen so in Anspruch genommen, daß es ihm beim besten Willen nicht möglich war, zu erscheinen.

Auch die bürgerlichen Stadtverordneten hatten trotz Einladung niemanden entsandt, während die sozialdemokratischen Stadtverordneten während der ganzen Tagung abwechselnd an den Verhandlungen als Zuhörer teilnahmen. Namens der Fraktionsdelegierten hielt Gen. Strüger eine Begrüßungsansprache.

Die Konstituierung des Verbandstages ergab als Resultat: Reichler Dresden und Wukky Berlin zu Vorsitzenden. Die Tagungszeit wurde von 8 1/2 Uhr festgesetzt. Der Antrag Breslau auf Sonderdelegation wurde abgelehnt.

Den Geschäftsbericht für die verfloßenen drei Jahre erstattete Kollege Mohs. Er legte an Hand unserer Mitgliederbewegung den gegenwärtigen Stand unserer Organisation dar und wies nach, daß die verfloßene Geschäfts-

periode uns über 10 000 Mitglieder gebracht hat. Auch die Stabilität sowie der Prozentfuß der zahlenden Mitglieder sind im Steigen begriffen. Eine ausführliche Darstellung fanden Differenzen in Breslau und Nürnberg. Das Organisationsverhältnis des Pflegepersonals liegt noch andauernd im argen; hier muß für die Zukunft intensiver gearbeitet werden. Unser Verhältnis zu den anderen Organisationen hat sich wesentlich gebessert. Mit den Fabrikarbeitern und Gärtnern haben wir Kartellverträge abgeschlossen, auch mit den Transportarbeitern sind Abmachungen getroffen. Hingegen stellt uns die Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses unter ein Ausnahmegericht. Würden wir nach dieser Resolution verfahren, dann müßten wir den Bankrott erklären. Die gegenwärtigen Organisationen haben sich verschiedentlich in städtischen Betrieben bemerkbar gemacht. Besonders kommen die „Christlichen“, großenteils aber auch „gelbe“ sowie „unabhängige“ Vereine in Betracht. Bei der Ausbildung von Verbandsbeamten sind uns oftmals Schwierigkeiten erwachsen um die geeigneten Kräfte zu erhalten. Das Hauptbureau war nur zu oft Durchgangsstation, woraus sich zum Teil auch das späte Erscheinen des Geschäftsberichts erklärt. Aber auch seitens größerer Filialen wird uns nicht immer die Arbeit erleichtert. Es werden Statistiken oder Fragebogen monatelang unbeantwortet gelassen. Maßregelungen waren in den letzten drei Jahren wieder ziemlich zahlreich, und verschiedentlich waren unsere Kollegen genötigt, in den Streik zu treten, um eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzusetzen.

Nach einem Bericht der Mandats-Prüfungskommission gab Kollege Ahmann den Massenbericht, der uns ein erfreuliches Bild von unserer wachsenden finanziellen Stärke vor Augen führte. Nummerhin muß auch weiter für die nötigen Einnahmen gesorgt werden, damit wir in der Lage sind, den wachsenden Ansprüchen genügen zu können.

Nach dem Ausschussbericht, den Kollege Schulz-Hamburg gab, erfolgte der Bericht über die Presse, den Kollege Dittmer erstattete. Eingehend wurden Aufgaben, Wirkungsweise und Mitarbeiter an unserem Organ dargelegt.

Für die Preßkommission erörterten Kollege Wukky u. a. einige Differenzen mit dem Verbandsvorstand, die sich 1906 anlässlich der Aufnahme des Sebaldschen Artikels über die Straßenbahner ergeben hatten. Unser Fachorgan sei an Inhalt wie Umfang durchaus auf der Höhe. Die Sozialpolitik sei gebührend berücksichtigt worden.

Mit diesen Referaten war die Montagtagung beendet. Der folgende Tag brachte die ausgedehnten Debatten zum Geschäftsbericht. Dabei spielten die Erörterungen über die Vorgänge in Breslau und Nürnberg eine große Rolle. Auch der Vertreter der Generalkommission, Genosse Bauer,

nahm hierzu das Wort und befürwortete die Wiederaufnahme Gaffels. Ebenso legte er den Standpunkt der Generalkommission zur Grenzstreitigkeitsfrage ausführlich dar, wobei er allerdings den lebhaftesten Widerspruch der Delegierten hervorrief. Die Hamburger Kollegen verlangten eine völlige Neugestaltung in der Organisierung des „Pflege- und Vadepersonals“. Hierüber wird später in der „Sanitäts-worte“ eingehender berichtet werden.

Die Kritik der einzelnen Redner an dem Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes war sehr scharf. Besonders wurde ihm schwanende Haltung in einzelnen Fragen vorgeworfen, wie auch, daß er der Generalkommission gegenüber sich nicht genügend zur Geltung gebracht habe. Es müßte großzügiger gearbeitet werden und alle Kleinlichkeit verdrängen.

Allseitig wurde dem Redakteur viel Anerkennung über die Haltung der „Gewerkschaft“ gesagt. Besonders gelobt es, gleichfalls in der kommenden Geschäftsperiode den berechtigten Anforderungen der Kollegen gerecht zu werden. Jedenfalls besteht nicht die Absicht, auf den erzwungenen Vorbeeren auszurufen.

Die Verhandlungen über den Geschäftsbericht gingen erst am Mittwochnachmittag zu Ende. Von den Beschlüssen sei die Ablehnung der „Gleichheit“ für männliche Mitglieder sowie die definitive Ablehnung der Wiederaufnahme Gaffels erwähnt.

Es folgte ein Referat des Kollegen Ahmann über die neue Statutenvorlage, die eine Beitragsstaffelung von B und B Pf. für männliche Mitglieder fordert, bei entsprechendem Ausbau der Unternehmungsanrichtungen. Die Statutenvorlage wurde alsdann einer 13-köpfigen Kommission überwiesen, bestehend aus den Kollegen Pava, Stuttgart, Siebel, Berlin, Reumann, Stoll, Dittel, Hamburg, Sebald, München, Marx, Gurt, Weikel, Hamburg, Weiß, München, Wurst, Berlin, Heyder, Dresden, Kiese, Steingenberg sowie Ahmann und Dittmer.

Ein äußerst instruktives Referat des Genossen Bauer über die Reichsversicherungsordnung kam geduldet treffend den Jammer der gegenwärtigen Gesetzgebung. Der hierzu vorgeschlagenen Resolution wurde ohne Debatte einstimmig zugestimmt. Wir empfehlen den Kollegen nach Entschlüsselung des Protokolls, diesem Teil besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Den Bericht über den Internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart gab Kollege Sebald, über unsere internationalen Beziehungen Kollege Mohs, wobei letzterer besonders unsere erste internationale Konferenz 1907 behandelte. Hierüber haben wir seinerzeit eingehend berichtet. Der Bericht des Verbandsvorstandes, dem Internationalen Sekretariat beizutreten, wurde vom Verbandstag sanktioniert.

Damit war die Mittwochssitzung beendet. Die Statutenberatungskommission nahm nach kurzer Pause ihre Verhandlungen auf und tagte bis 11 Uhr abends, um in heftigem für und Wider dem Verbandstag annehmbare Vorschläge vorzubereiten.

Der vierte Verhandlungstag setzte mit einem ausführlichen Referat des Kollegen Mohs ein über „Die Stadtgemeinden als Arbeitgeber“. Der Referent schilderte an Hand vorliegender amtlicher Statistiken Umfang und Art der beschäftigten städtischen Arbeiter Deutschlands. Die Stellung der Stadtverwaltungen zum Koalitionsrecht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die allgemeine Arbeiterfürsorge wurden behandelt und kleinere Abänderungen in unserem Verbandsprogramm empfohlen. Die Diskussion hierzu bewegte sich im Sinne des Referats. Ebenso fand eine Resolution sowie das in einzelnen Punkten abgeänderte Verbandsprogramm Zustimmung.

Es folgte ein Referat des Kollegen Sedmann über den „Gewerkschaftskongress“. Unter gespannter Aufmerksamkeit des ganzen Verbandstages ging der Referent insbesondere auf die Hamburger Grenzstreitigkeitsresolution ein, deren Absatz 4 und 5 fallen gelassen werden muß. Er bezeichnete die Art, wie die Kommission zur Vorbereitung dieser Resolution zustande gekommen ist, als nicht ganz einwandfrei. Zum mindesten hätte ein Vertreter unseres am meisten interessierten Verbandes gehört werden müssen. Die Zweckmäßigkeit unserer Organisationsform in den städtischen Betrieben ist von jedem Kenner der Verhältnisse anerkannt, und es war nur bedauerlich, daß wir in Hamburg unseren Standpunkt nicht eingehend klarlegen konnten. Zum Teil habe aber auch das Verhalten des Verbandsvorstandes den nötigen Einfluß vermissen lassen. Wir müssen uns mehr zur Geltung zu bringen suchen.

Nach kurzer Debatte kam der Vertreter der Generalkommission zum Wort und verurteilte den Ausführungen des Referenten beizustimmen, indem er den Wert der Berufsorganisation hervorhob. „Nur Berufsarbeiter können einen Streit mit Erfolg zur Anwendung bringen“, sagte Genosse Bauer. Es fragt sich nur, wie man den „Berufsarbeiter“ deklarieren! Mit bestem Erfolge können jedenfalls die in einem städtischen Betriebe befindlichen 20-30 Berufskategorien einen Streit oder eine Lohnbewegung durchführen, wenn sie geschlossen und einig in einer Organisation bestehen. Auch die Furcht vor dem „Allgemeinen Preis“, die Genosse Bauer hegt, wird wohl niemand überzeugen haben, denn schließlich ist der so hoch eingeschätzte Metallarbeiterverband in manchen Maschinenbetrieben auf dem schäblichsten Wege, in diesen „Allgemeinen Preis“ zu verfallen - und nicht zu seinem Schaden, wie wir getrost hinzufügen dürfen. Die Drohungen des Genossen Bauer über unsere eventuellen hinauszuweisen aus der Gesamtorganisation der freien Gewerkschaften waren übrigens diesmal ganz besonders verärglich, da wir nachweislich erheblich weniger Grenzstreitigkeiten mit anderen Verbänden haben, wie so manche andere Berufsorganisation. Wir verlangen nur Anerkennung dessen, was in der Praxis letzten Endes ja doch bereits besteht! Gegen Zariachen und Entwidlungsgesetze kämpfen zu wollen, wird auf die Dauer vergeblich sein. Also nur nicht gar so heftige Worte, mit der Ruhe kommen beide Teile bedeutend weiter. Wir haben - und das betonte auch der Referent sehr treffend in seinem prächtigen Schlusswort - keine Veranlassung, uns mit anderen Verbänden in Fehde zu setzen. Wir werden uns auch in Zukunft einer friedlichen Taktik mit anderen Feindverbänden befleißigen, aber die volle Anerkennung der Gleichberechtigung unserer Organisationsform muß uns früher oder später werden. Deshalb ist es auch unser gutes Recht, die Beseitigung des Absatz 4 und 5 der Hamburger Grenzstreitigkeitsresolution zu verlangen. Der Antrag wurde einstimmig vom Verbandstage angenommen.

In einer Abenddiskussion wurde alsdann der Kommissionsbericht für das Krankenpflege- und Vadepersonal entgegengenommen, den Kollege Würger gab. Die hierzu nach längerer Debatte angenommene Resolution wird in nächster Nummer veröffentlicht. Jedenfalls soll die Aktion unter Anwendung besonderer Mittel in erhöhtem Maße gepflegt werden.

Am Freitag erfolgte der Bericht der Statutenberatungskommission, den Kollege Dittmer gab. In der Kommission hatten, wenn auch nach mehrstündigem Medekampfe, die Anhänger der Beitragsstaffelung glänzend gesiegt. Die Statutenvorlage vereinigte 9 Stimmen auf sich, allerdings unter Zurücklassung einer Lohngrenze für die bisherige Staffel von 20 Mk. Wochenlohn. Trotz eingehender Befürwortung der Kommissionsvor schläge er gab infolgedessen die nach Schluß der verhältnismäßig friedlichen Debatte vorgenommene Abstimmung die Ablehnung des Kommissionsvorschlags. Da am Nachmittage eine Dampf-

partie nach der schweizerischen Schweiz vorgenommen werden sollte man auch von den vorläufigen Debatten ziemlich scharf war, wurde eine weitere Beschlussfassung über die anderweit gemachten Vorschläge zur Statutenvorlage bezuglich der Beitragserhöhung auf Sonnabend früh vertagt. Die Kommission fand war noch einmal zusammengetreten und einigte sich auf 21 Mk. als Lohngrenze, von wo aus der 45 Pf. Beitrag in Frage kommen sollte. Aber auch dieser Antrag fand keine Mehrheit bei der Abstimmung.

Durch namentliche Abstimmung wurde mit 23 gegen 20 Stimmen (10 Enthaltungen!) vielmehr beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen. Hieran schloß sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, die nicht gerade als erbaulich bezeichnet werden kann. Nachdem namens des Verbandsvorstandes Kollege Mohs nach einmal die Notwendigkeit der erneuten Behandlung der Beitragsfrage befürwortet, ergab die namentliche Abstimmung eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zu diesem Punkt. Darin erblickte nun aber das Bureau ein Mißtrauensvotum und erklärte, den Vorsitz unter diesen Umständen niederlegen zu müssen. Eine Verständigung war nicht zu erzielen und so wurde Kollege Mohs mit dem Vorsitz für den letzten Teil der Verhandlungen betraut.

Die prinzipielle Abstimmung, ob überhaupt eine Beitragserhöhung vorgenommen werden sollte, wurde in namentlicher Abstimmung mit 37 Stimmen angenommen. Dennoch wurde erst eine ganze Reihe von Vorschlägen durch namentliche Abstimmung abgelehnt, bis endlich mit 39 gegen 14 Stimmen beschlossen wurde, bei einem Lohnsatz von über 21 Mk. 40 Pf. Beitrag pro Woche zu erheben. Es bleibt jedoch unbenommen sich freiwillig in die höhere Klasse einzureihen. Die Starenzwoche bleibt bestehen. Die Leistungen betragen bei 10 Pf. 6 Mk. pro Woche, bei den übrigen Beitragsklassen bleiben die bisherigen Sätze bestehen. Das Personal kann in der 35 Pf. Klasse bleiben. Auch hier geben wir die ausführlichen Beschlüsse demnächst genauer wieder. Der weitere Teil der Statuten wurde entsprechend dem Vorschläge der Statutenberatungskommission beschlossen.

Die Wahl des Verbandsvorstandes führte leider zu unheimlichen Debatten und kam erst im zweiten Wahlgang zu positivem Resultat. Auf der Vorschlagsliste standen Mohs und Heckmann. In gemeinsamer Abstimmung erhielt Mohs 25, Heckmann 26 Stimmen. Da letzterer erklärte, die Wahl unter diesen Umständen nicht annehmen zu können, erfolgte die Wiederwahl des Kollegen Mohs mit 33 Stimmen. Kollege Niedeck wurde mit 16 Stimmen zum zweiten Vorsitzenden, Heckmann als Hauptkassierer mit 47 und Dittmer als Redakteur mit 19 Stimmen wiedergewählt.

Der nächste Verbandstag findet 1912 in München statt.

Wir werden noch genügend Gelegenheit haben, auf Einzelheiten zurückzugreifen. Die wichtigsten Beschlüsse sollen in der nächsten Nummer im Wortlaut veröffentlicht werden.

Nur wenige Teilnehmer werden von dem Dresdener Verbandstag vollkommen befriedigt sein. Die Halbheit in der Frage der Beitragserhöhung, die zum Teil stark persönlich gehaltenen Erörterungen haben den erhebenden und interessanteren Teil der Erörterungen stark beeinträchtigt. Immerhin wird man bei Würdigung der ganzen Sachlage zugeben müssen, daß alle Delegierten bemüht waren, zum Wohle des Verbandes das Bestmögliche zu leisten. Wenn aber von allen Teilnehmern in den nächsten Wochen mit Eifer auf die Durchführung unserer Beschlüsse hingearbeitet wird — was wir als sicher voraussetzen —, dann wird auch dieser Verbandstag eine Etappe fortschreitender Entwicklung unseres Verbandes sein.

## Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908.

Von allen Einrichtungen, welche sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zur Förderung ihrer materiellen und geistigen Interessen geschaffen hat, können unzweifelhaft die Gewerkschaftskartelle als eine der wichtigsten bezeichnet werden. Sie bilden in dem organischen Aufbau der Gewerkschaften ein ebenso notwendiges wie nützlich Glied. In die Aufgaben der Kartelle auch örtlich begrenzt, so sind ihnen doch Aufgaben gestellt, deren Erfüllung wesentlich zur äußeren Ausdehnung und inneren Festigung der Gewerkschaftsbewegung beitragen muß.

Es ist deshalb erfreulich, wenn eine weitere, erhebliche Vermehrung der Kartelle seit dem letzten Berichtsjahr eingetreten ist. Am Schlusse des Jahres 1907 bestanden 587, am Ende des Jahres 1908 dagegen 623 Kartelle, das ist eine Vermehrung um 36.

Von 696 an der Statistik beteiligten Kartellen sind angegeschlossen 8137 Gewerkschaften mit 1.500.896 Mitgliedern. Davon sind Zweigvereine von den der Generalkommission angegliederten Zentralverbänden 8496, die zusammen 1.555.191 Mitglieder zählen. Im Jahre 1907 wurden 7720 Zweigvereine mit zusammen 1.500.000 Mitgliedern als den Kartellen angegeschlossen gezählt. Es ist demnach gegenüber dem Jahre 1907 eine Erhöhung der Zahl der angegliederten Zweigvereine um 690 eingetreten, dagegen hat sich der Mitgliederbestand der angegliederten Zweigvereine um 34.622 vermindert. Die höhere Zahl der Zweigvereine findet ihre genügende Erklärung darin, daß an der diesjährigen Statistik 48 Kartelle mehr beteiligt sind, darunter eine Anzahl größerer, die in der Statistik des Jahres 1907 fehlten. Die trotz der erhöhten Beteiligungsziffer an der Statistik statthafte Verminderung der in den Kartellen angegliederten Mitglieder der Zentralverbände kann nur auf einen bei diesen eingetretenen Mitgliederverlust zurückgeführt werden. Die anhaltende wirtschaftliche Krise, die mit voller Schwere auf der Arbeiterklasse lastet, diese zu einem hohen Maß unerschütterter Arbeitslosigkeit verdammt und damit für das werktätige Volk zu einer Quelle verheerender Not und Entbehrung wird, kann schließlich nicht ohne schädigenden Einfluß auf den Mitgliederbestand der Gewerkschaften bleiben. Bei alledem muß jedoch anerkannt werden, daß die Gewerkschaften sich der gegenwärtigen Krise gegenüber bedeutend widerstandsfähiger erweisen, als es bei früheren gleichen Perioden der Fall war. Diese größere Widerstandsfähigkeit ist nicht allein dem Ausbau des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften zuzuschreiben, sondern muß in noch weit höherem Grade auf das Konto der Vertiefung und Festigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen bei den Arbeitern gesetzt werden.

Äußer den Zweigvereinen der Zentralverbände gehörten im Jahre 1908 den 606 Kartellen noch 37 Organisationen mit zusammen 5795 Mitgliedern an, die der Generalkommission der Gewerkschaften nicht angegeschlossen waren. Darunter sind noch mitgezählt: 8 Vereine der Diensthelfer des Verbandes der Metzger mit 210 Mitgliedern und 4 Zweigvereine des Verbandes der Metzger mit 20 Mitgliedern. Diese Organisationen haben sich nunmehr der Generalkommission angegeschlossen. Die Vereine der Diensthelfer und Hausangestellten sind seit dem 1. April dieses Jahres zu einem Zentralverband vereinigt.

Von den Kartellen, die 1907 über 25.000 Mitglieder hatten, sind zwei durch Mitgliederverluste aus dieser Klasse ausgeschieden. Es sind dieses die Kartelle Bremen mit einem Verlust von 2219 und Breslau mit einem Verlust von 3290 Mitgliedern. Von den Kartellen, denen gegenwärtig noch über 25.000 Mitglieder angegeschlossen sind, haben noch Mitgliederverluste gegenüber dem Jahre 1907: Berlin 11.263, Frankfurt a. M. 1336, Hamburg 2559, Leipzig 718 und Stuttgart 692. Bei allen 7 Orten zusammen ein Verlust von 25.107 Mitgliedern.

Als die hauptsächlichste Aufgabe der Kartelle ist von den Gewerkschaftskongressen stets die Vertreibung der gewerkschaftlichen Agitation am Orte bezeichnet worden. Neben den dafür gemachten Ausgaben kann auch die Zahl der abgehaltenen Versammlungen als ein Gradmesser für die agitatorische Betätigung dienen. Es wurden im Berichtsjahre abgehalten insgesamt 2983 allgemeine und 1174 berufliche Versammlungen.

In der Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen und der Arbeiterinnenkommissionen ist leider ein Rückgang eingetreten. Im Jahre 1907 waren vorhanden: in 18 Orten weibliche Vertrauenspersonen und in 25 Orten Arbeiterinnenkommissionen. Dagegen 1908: in 30 Orten weibliche Vertrauenspersonen und in 18 Orten Arbeiterinnenkommissionen.

Der starken Arbeitslosigkeit haben die Kartelle im Jahre 1908 ganz besonders ihre Aufmerksamkeit zugewandt. In 133 Orten wurden Arbeitslosenzählungen vorgenommen. Den Kartellen muß für die Vornahme dieser Zählungen volle Anerkennung gezollt werden.

Eine durchaus notwendige Aufgabe haben die Kartelle auch dem Gebiet des Arbeiterschutzes zu erfüllen. Selbst die geringsten gesetzlichen Bestimmungen, die der Aufmerksamkeit gegen die ungesetzliche Ausbeutung der Arbeiter geschaffen hat, werden missachtet, wenn nicht die Gewerkschaften mit eifriger Energie über die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen wachen können. Dessen Zweck dienten im Jahre 1908: 126 Arbeiterschuttkommissionen für Ge-

Verbandsstellen und 233 Bauarbeiterfunktionskommissionen, die von den Parteien unterhalten wurden. Es bestanden ferner 633 Dienststellen für die Bekämpfung des Mehl- und Logensweizens beim Weben. Denn die Tätigkeiten der Gewerkschaften darf sich nicht allein auf die Kontrolle der Durchföhrung der gesetzlich festgesetzten Bestimmungen beschränken, sondern immer wieder müssen Anlässe gemacht werden, um die gesetzgebenden Körperschaften zur Ausdehnung der Arbeiterbestimmungen zu veranlassen.

Das gleiche gilt von dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung. Hier haben die Kartelle die Aufgabe, durch intensive Aktionen und gut durchgeführte Organisation der Arbeitervereine dafür zu sorgen, daß sozialpolitisch geordnete Arbeiter zur Vertretung der Beschäftigten in den Gremien des Reichsausschusses gewählt werden. Nur die planmäßige Anwendung der vereinten Kräfte der gesamten Arbeiterschaft kann den Widerstand des Unternehmertums brechen, der gegen jeden Fortschritt auf dem Gebiete sozialer Reformen gerichtet ist.

Die Bildungsbeiträge werden durch die Kartelle eine fortlaufende unermüdete Förderung. Die Zahl der Kartelle, die gemeinsame Bibliotheken besitzen, ist seit dem Jahre 1907 von 371 auf 130 gewachsen. Lesezimmer wurden 1907 von 56 und 1908 von 70 Kartellen unterhalten. Ein guter Teil der von den Kartellen veranstalteten gemeinsamen Versammlungen dient durch Vorträge guter Beiträge ebenfalls den Bildungsbeiträgen. Derartige gemeinsame Veranstaltungen sollten besonders solche Kartelle treffen, denen nur kleinere Gewerkschaften angeschlossen sind. Mit dem Einsetzen der Bewegung zur Ausbildung der Arbeiterjugend ist auch den Kartellen ein weiteres Feld fruchtbarer Betätigung eröffnet. Von den 231 Kartellen wurden im Jahre 1908 Jugendkommissionen unterhalten. Die damit beauftragte schnelle Erkennung dieser neuen Aufgabe beweist, wie notwendig es ist, die heranwachsende Generation durch Darbietung geeigneter Bildungsmittel frühzeitig mit den Problemen des wirtschaftlichen und politischen Lebens vertraut zu machen.

Die Orte, an denen Gewerkschaftshäuser bestehen, haben seit dem Jahre 1907 eine Vermehrung von 33 auf 51 erfahren. In 86 Orten bestehen Arbeitersekretariate, die von Kartellen unterhalten werden. In verschiedenen Rollen sind an dem Unterhalt eines Sekretariats mehrere Kartelle beteiligt.

Von 17 Kartellen wurden während des Berichtsjahres Sammlungen zur Unterstützung von Streiks und Ausbeurteilungen veranstaltet. 83 Kartelle gewährten solche Unterstützungen aus den Mitteln der Kartellkasse.

Die Ausgaben der Kartelle werden hauptsächlich gedeckt durch seine Beiträge, die von den angeschlossenen Gewerkschaften erhoben und in der Regel pro Quartal berechnet werden. Daneben bestehen noch als Einnahmequellen Heberische aus Veranstaltungen und Internierungen. Die Zahl der Kartelle mit einem Beitragslag bis höchstens 20 Mk. beträgt 102. Einen Beitrag von 21 bis 30 Mk. erheben 383 Kartelle. 70 Kartelle erheben einen Beitrag von 31 bis 120 Mk. Bei 37 Kartelle beträgt der Beitrag 120 bis 2 Mk. Einen Beitrag von über 2 Mk. erheben 7 Kartelle. Der höchste Beitrag beträgt 3 Mk. und wird von einem Kartell erhoben. Die Beitragsleistung hat sich wieder stark nach aufwärts bewegt. Die Zahl der Kartelle, die einen Beitrag von höchstens 20 Mk. erheben, ist seit 1907 von 139 Proz. auf 16,7 Proz. zurückgegangen; die Durchschnittsbeitragsleistung ist von 56,2 Mk. auf 60,7 Mk. gewachsen.

Weder Einnahmen und Ausgaben der Kartelle liegen aus 589 Orten an. Diese 589 Kartelle hatten insgesamt Einnahmen: an Beiträgen 619.446 Mk., an Streiksammlungen 2987 Mk., an sonstigen Einnahmen an Streiksammlungen 2987 Mk., an sonstigen Einnahmen aus den Heberischen von Veranstaltungen und Internierungen, Sammlungen, Schriftenvertrieb usw. 275.858 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 891.290 Mk. Dieser Gesamt-einnahme steht eine Ausgabe von 883.8 Mk. gegenüber.

Stellt man Einnahme und Ausgabe für Streiks außer Rechnung, so ergibt sich für das Jahr 1908 gegenüber dem Jahre 1907 eine Vermehrung der Gesamteinnahmen um 101.657 Mk. und eine Erhöhung der Gesamtausgaben um 186.177 Mk.

Die Mittelbestände der 589 Kartelle betragen am Schluß des Jahres 1907 471.750 Mk. und am Schluß des Jahres 1908 181.900 Mk. Es ist demnach eine Vermehrung der Mittelbestände von 13.133 Mk. eingetreten.

Bei der Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Posten (ohne Streiks) für die Jahre 1907 und 1908 ergibt sich folgendes Bild:

Es verausgabten für:	1907		1908	
	Mk.	Stück	Mk.	Stück
Aktionen	17	6561	14	8127
Arbeitervereine	28	2962	210	2922
Bibliotheken	58	5411	84	7007
Lesezimmer und Bibliotheken	69	1261	78	1179
Gewerkschaftshäuser und Versammlungsorte	71	7262	99	8200
Unterstützung, Bibliothek und Verfall	393	2159	119	2910
Verwaltung, Gehälter, Miete Material usw.	165	13112	522	18000
Sonstige Ausgaben	182	15071	37	2570
Summa	—	67001	—	80258

Wenn wir uns in jedem Jahr auf Grund von gut durchgeführten statistischen Erhebungen mit der Entwicklung der Kartelle der freien Gewerkschaften beschäftigen, so erscheint es auch angebracht, ähnliche Einrichtungen der gegnerischen Gewerkschaften aufmerksam zu verfolgen. Die für uns dabei in Frage kommenden Organisationen: die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften, haben es bis jetzt vorgezogen, sich über die Zahl und Stärke ihrer Ortsgruppen auszusprechen. Die Angaben, die wir darüber zu machen vermögen, verdanken wir den Informationen unserer Kartellfunktionäre. Sie können nicht als vollständig angegeben werden, weil sie nur gemacht sind für die Orte, in denen Kartelle der freien Gewerkschaften bestehen und es selbst dort schwierig hält, von den gegnerischen Gewerkschaften zuverlässiges Zahlenmaterial zu erhalten.

Nach den uns gemachten Angaben bestanden: In 153 Orten (1907: 161) Ortsverbände der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften, denen 606 (1907: 512) Ortsverbände angeschlossen sind. In 135 Orten (1907: 121) waren Kartelle der christlichen Gewerkschaften vorhanden, denen 691 (1907: 551) Zweigvereine angehörten. In 20 Orten bestanden Hirsch-Dunker'sche Arbeitersekretariate und Rechtsanwaltsbüros, und in 91 Orten befinden sich christliche Sekretariate oder Volksbüros.

Wie die früheren Statistiken der Kartelle der freien Gewerkschaften, so gewährt uns auch die des Jahres 1908 einen guten Einblick in ein reiches, vielfachartiges Bild gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die steigende Entwicklung der Kartelle, besonders aber die eingetretene Vermehrung derselben seit dem Jahre 1907, kann mit als ein Zeichen dafür gelten, daß die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung selbst nicht in einer Periode der drückendsten wirtschaftlichen Krise gehemmt werden können. Ja, solche Zeiten erscheinen sogar geeignet, den festeren Zusammenschluß der Gewerkschaftsmitglieder zu fördern. Und dieses Moment wird wieder dazu beitragen, einen kräftigen numerischen Aufstieg der freien Gewerkschaften herbeizuführen, sobald mit einer günstigeren wirtschaftlichen Konjunktur ein größerer Bewegungsfreier der Arbeiter eintritt.

Kögen die Gewerkschaftskartelle sich stets der hohen Aufgaben, die sie im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung zu erfüllen haben, bewußt bleiben. Kögen die Kartelle auch fernerhin besonders bemüht sein, nach besten Kräften mitzuwirken an der Ausdehnung der freien Gewerkschaften und der Vertiefung des Massenbewußtseins bei der deutschen Arbeiterschaft. E. Herrmann.

### Gewerkschaften der Gemeindearbeiter Großbritanniens und Irlands.

Die britische Gewerkschaftsbewegung ist in den jüngsten Jahren aufs neue erstarkt, nachdem sie eine Zeitlang gar keine Fortschritte gemacht hatte. Die Vorbedingungen für die Ausbreitung der Arbeiterorganisationen sind im ganzen keine günstigen gewesen, denn seit der Beendigung des südafrikanischen Krieges hat Großbritannien unter einer geschäftlichen Stodung zu leiden, die nur 1906 und 1907 zeitweise nachließ. Die Möglichkeit, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen herbeizuführen — wodurch neue Mitglieder angesogen werden — war infolge des bekannten „Tribunal Urteil“ der, Lordrichter in hohem Maße beschränkt, das die Gewerkschaften schaden-erfahrig erklärt; dieses Hindernis ist mit der Ergänzung des Gewerkschaftsgesetzes im Jahre 1906 beseitigt worden. Die Erfolge auf politischem Gebiet haben am meisten beigetragen, das Interesse an der Arbeitsbewegung wieder zu wecken und wach zu erhalten.

Die Mitgliederzahl aller bestehenden Gewerkschaften stieg von 1.688.531 Ende 1898 auf 2.406.746 Ende 1907 oder um 43 Proz; Die Zahl der Mitglieder in einigen großen Gewerbegruppen betrug:

Gewerbegruppen	Mitgliederzahl		Zunahme (+) oder Abnahme (-)	
	1898	1907	Absolut	im Verhältnis
Baugewerbe . . . . .	232.040	193.190	- 38.850	- 17%
Bergbau . . . . .	396.731	703.311	+ 306.611	+ 77%
Metall- und verwandte Gewerbe . . . . .	312.444	376.805	+ 64.361	+ 21%
Fertigungsgewerbe . . . . .	240.895	254.427	+ 13.532	+ 6%
Transportgewerbe . . . . .	147.957	238.813	+ 90.856	+ 61%
Andere Gewerbe . . . . .	388.464	540.167	+ 151.703	+ 39%

Mitglieder verloren haben die Bauarbeiter. Die Mitgliederzunahme war am beträchtlichsten bei den Bergarbeitern, am geringsten bei den Fertigerarbeitern. Die Bergarbeiterorganisationen gewannen 1906—1907 allein rund 200.000 Mitglieder.

Die **Gemeindearbeiter** haben in Großbritannien keinen einheitlichen kräftigen Verband, sondern die organisierten Kollegen verteilen sich auf eine ziemlich große Zahl von Vereinigungen. Es bestanden Organisationen der Gemeindearbeiter: 1898 15, 1899 1900 16, 1901 1903 17, 1904 15, 1905 1906 13, 1907 14; die Gesamtmitgliederzahl dieser Gewerkschaften betrug: 1898 7886, 1899 8317, 1900 4936, 1901 7249, 1902 6015, 1903 7267, 1904 9264, 1905 13 674, 1906 18 328, 1907 19 154. Die Zunahme von 1898 1907 betraf sich auf 11 268 Mitglieder oder 143 Proz., was einen ganz ansehnlichen Fortschritt bedeutet. Das Wachstum ist, wie die Zahlen zeigen, nicht ununterbrochen gewesen; es trat 1900 ein Mitgliederverlust um 3386 (41 Proz.) und 1902 um 1234 (17 Proz.) ein. Der Mitgliederzuwachs war am ausgiebigsten 1901 (2313 oder 47 Proz.), 1905 (4410 oder 48 Proz.) und 1906 (4654 oder 34 Proz.) In Gemäßheit mit dem Gewerkschaftsgezet eingetragen waren Ende 1907 sechs Organisationen der Gemeindearbeiter mit 18 041 Mitgliedern, nicht in der Weise eingetragen acht Organisationen mit 1113 Mitgliedern.

Die bestehenden Gewerkschaften der Gemeindearbeiter sind folgende:

Birmingham and District Municipal Employees (Städtische Arbeiter von Birmingham und Umgebung), gegründet 1875; London County Council Schoolkeepers (Londener Schulhausmeister), gegründet 1884; Limerick Corporation Employees (Gemeindearbeiter von Limerick), gegründet 1890; Bolton Corporation Servants (Gemeindebedienstete von Bolton), gegründet 1891; West Ham Council Schools Caretakers (Schulhausmeister von West-Ham), gegründet 1891; Dublin Fire Brigade Men (Feuerwehrmänner von Dublin), gegründet 1892; Municipal Employees Association (Verband der städtischen Arbeiter), gegründet 1894; United Corporation Workmen of Dublin (Gemeindearbeiter von Dublin), gegründet 1894; Dudley and District Corporation Employees (Gemeindearbeiter von Dudley und Umgebung), gegründet 1898; Marylebone Municipal Employees (Städtische Arbeiter von Marylebone), gegründet 1901; Hackney Municipal Labour Union (Städtischer Arbeiterverein von Hackney), gegründet 1903; National Corporation Workers (Nationale Gemeindearbeiter), gegründet 1907; Dublin Corporation Waterworks Employees (Städtische Wasserwerksarbeiter von Dublin), gegr. 1907.

Von Bedeutung sind nur zwei Organisationen: die „Municipal Employees' Association“ und die „National Corporation Workers.“ Die Mitgliederzahlen aller von 1903 bis 1907 bestehenden Gewerkschaften der Gemeindearbeiter sind nachstehend angeführt.

Namen der Gewerkschaften	Mitgliederzahl				
	1903	1904	1905	1906	1907
Birmingham and District Municipal Employees	220	102	126	150	161
London County Council Schoolkeepers	337	364	430	440	430
Limerick Corporation Employees	66	70	87	70	70
Bolton Corporation Servants	274	230	250	250	230
Birmingham City Parkmen	29	29	—	—	—
West Ham Council Schools Caretakers	42	45	57	58	65
Hull Corporation Employees	80	—	—	—	—
Dublin Fire Brigade Men	47	44	40	40	38
Municipal Employees Association	4370	6410	11139	15783	11842
United Corporation Workmen of Dublin	670	720	890	1037	1000
Belfast Municipal Employees and other Workers	418	600	—	—	—
Dudley and District Corporation Employees	40	40	30	36	50
Camberwell Municipal Labour Union	150	143	119	120	—
Universal and Borough Council Employees	147	241	263	157	83
Marylebone Municipal Employees	65	52	64	102	75
Main Pipe Layers and painters, Glasgow	109	—	—	—	—
Hackney Municipal Labour Union	203	174	179	85	78
National Corporation Workers	—	—	—	—	5000
Dublin Corporation Waterworks Employees	—	—	—	—	32

Die National Corporation Workers haben sich 1907 von der National Employees' Association abgetrennt. Einige der zu Be-

ginn des fünfjährigen Zeitraums existierenden Vereine haben sich mit anderen verschmolzen oder sind aufgelöst worden.

Die Municipal Employees' Association hatte Ende 1907 133 Ortsgruppen, die National Corporation Workers hatten 56 Ortsgruppen. Besonders groß ist der wirtschaftliche Einfluß selbst dieser zwei Verbände nicht.

### Der 5. Kongreß der Krankenkassen Deutschlands.

Der Kongreß der Krankenkassen Deutschlands, der in den Tagen vom 17. bis 19. Mai in Berlin stattfand, ist eine der wichtigsten Kundgebungen, die nicht nur über eine Frage der Arbeiterversicherung, sondern der Sozialpolitik überhaupt jemals stattgefunden hat. Waren doch nicht weniger als 1686 Delegierte, die über 1000 Kassen mit zifra 7 Millionen Versicherten vertraten, anwesend. Ein so großes Parlament von Krankenkassenvertretern hat noch niemals getagt. Schon dieser äußere Umfang der Tagung zeugt von der Bedeutung, welche die Arbeiterversicherung erlangt hat und dem großen Interesse, welches man der geplanten Umgestaltung derselben durch die neue Reichsversicherungssordnung entgegenbringt.

Die Teilnehmer setzten sich aus den verschiedensten Elementen zusammen: aus Versicherten, Arbeitgebern, Massenbeamten; aus Vertretern der Orts-, Betriebs-, Zimmungs-, freien Hilfskassen usw. Die zu den einzelnen Verhandlungsgegenständen vorgehenden Referenten waren Anhänger aller möglichen Parteien; neben Sozialdemokraten wie Graf und Fräßdorf waren zu finden konservative wie der Amtsgerichtsrat Hahn, neben Vertretern des Zentrums wie der Reichstagsabgeordnete Giesberts Nationalliberale wie der Rechtsanwält Mayer, außerdem Vertreter der Christlich-Sozialen Gewerksvereine usw. Man konnte von vornherein einige Vorurtheile darüber haben, ob diese verschiedenen Richtungen unter einen Hut kommen und ob nicht unliebsame Zwischenfälle sich ereignen würden.

Es hat sich aber gezeigt, daß diese Befürchtungen unbegründet waren. Abgesehen von einigen Störungen weniger Arbeitgeber und Vertreter von Betriebskrankenkassen, die anscheinend eigens zu dem Zwecke nach Berlin gekommen waren, verlief der Kongreß in der musterhaftesten und einmütigsten Weise. Namentlich das, worauf es ankam, nämlich Stellung zu nehmen gegen die Mangelhaftigkeit der geplanten „Reform“ der Arbeiterversicherung und der beabsichtigten Rechtsanmaßung der Arbeiter in den Krankenkassen zeigte die größte Uebereinstimmung der Versammlungsteilnehmer. Die Beschlüsse in dieser Hinsicht wurden mit überwältigender Mehrheit gefaßt.

Allerdings darf nicht verkannt werden, daß diese Einmütigkeit auf dem Wege eines Kompromisses erreicht worden ist. Manche der aufgestellten Forderungen genügen dem sozialen Empfinden der Arbeiterklasse noch nicht. Wie dem aber auch sei, ist auch die Aufstellung weit hinausgestreckter Ziele unterlassen worden, so leitete doch der Kongreß ein bedeutendes Stück praktischer Arbeit. Die Durchführung sämtlicher der aufgestellten einzelnen Forderungen würden einen nennenswerten Fortschritt bedeuten und würden diese zunächst liegenden Wünsche verwirklicht, so könnten wir sehr zufrieden sein.

Hinsichtlich der Umgestaltung der Krankenversicherung stellte sich der Kongreß auf den Standpunkt, daß der Kreis der Versicherten erheblich erweitert werden soll durch die Einbeziehung auch der kleinen selbständigen Gewerbetreibenden in die versicherungspflichtigen Personen. Zimmungs-krankenkassen sollen überhaupt beseitigt, Betriebskrankenkassen nur zugelassen werden, wenn sie mindestens 1000 Mitglieder zählen. Die bisherigen Grundzüge über Beitragspflicht und Zusammenlegung der Massenorgane sollen aufrecht erhalten und für sämtliche Massenarten eingeführt werden. Die Leistungen sollen ausgebaut werden durch obligatorische Einführung der freien ärztlichen Behandlung der Familienangehörigen, der Schwangerschaftsunterstützung, der Bezahlung der Gebarmuttergebühren, der Krankenhauspflege usw. Die Karenzzeit für die Krankengeldgewährung soll abgeschafft, die freiwillige Versicherung erleichtert werden usw. Den Ärzten soll das Recht, in besonderen ärztlichen Ehrengerichteten wirtschaftliche Fragen zu regeln, entzogen werden.

Zu bezug auf die Unfallversicherung forderte der Kongreß Beteiligung der Versicherten an der Verwaltung der Versicherungsvereinigungen, Uebertragung der Rentenfestsetzung an eine unparteiische Stelle, in welcher die Arbeiter vertreten sind, Anerkennung der Gewerbetreibenden als Betriebsunfälle, Erhöhung der Vollrente auf  $\frac{3}{4}$  des früheren Arbeitsverdienstes des Verletzten usw.

Die dritte wichtige Hand die Invaliden mit der geplanten Hinterbliebenenversicherung. In einer außerordentlichen, mit gutem Grunde durch seinen Rede wies Genosse Graf Franke a. M. die ganze Jammervollheit der so pompös angeordneten Renten und Hinterbliebenenversicherung nach. Sollten doch bloß die invaliden Frauen eine ge-

ringtägige Unterstützung erhalten, die nicht vor dem Verhungern schützt. Die Waisenrenten können keine andere Wirkung haben. Eine solche Fürsorge entlaste nur die Armenkassen, an deren Leistungen sie teilweise nicht herantreife. Der Kongress forderte betreffs der Invalidenversicherung für gänzlich erwerbsunfähige Personen Erhöhung der Invalidenrenten, Verabreichung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf 65 Jahre, obligatorische Einführung der Heilverfahren, Vermehrung der Lohnklassen usw.; hinsichtlich der Hinterbliebenenversicherung Gewährung der Renten an sämtliche Witwen, Erhöhung derselben und der Waisenrenten auf mindestens je 180 M., für invalide Witwen auf 360 M., Versicherungspflicht aller gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Arbeiter mit einem Einkommen bis 5000 M., Herausziehung von Staat und Gemeinde zu den Lasten usw.

Außer dem Kongress der Krankenkassen tagte am 19. Mai noch ein Kongress der freien Hilfskassen. Er protestierte gegen die beabsichtigte Verrückung der freien Hilfskassen. Dieselbe würde nur vorgenommen, um die Beschränkung der Selbstverwaltung der Lits-Krankenkassen besser durchführen zu können. Wenn die kleinen Krankenkassen, die Betriebskrankenkassen usw. unberührt blieben, müßte den Arbeiterkrankenkassen dasselbe Entgeltentkommen gewährt werden.

Schließlich tagte am 20. Mai auch noch ein Kongress der Krankenkassen und Berufsgenossenschaftsbeamten. Er nahm Stellung zu den Vorschlägen, welche die Reichsversicherungsordnung für diese Angestellten bringe, deren Existenz und Bewegungsfreiheit aufs schwerste bedroht werden. Das Urteil des Kongresses über die Vorschläge der Regierung war ebenfalls ein vernichtendes.

Wie wird sich nun die Reichsregierung zu dem Ergebnis dieser „sozialpolitischen Woche“ stellen? Wird sie nach wie vor ihren reaktionären Plänen festhalten? Der Ministerialdirektor Dr. Caspar, welcher der Affientagung beizuwohnte und dieser die „guten Absichten“ der Reichsregierung plausibel zu machen suchte (natürlich ohne Erfolg), müßte dem ganz unempfindlich für äußere und moralische Gründe sein, wenn er seinen Auftraggebern nicht antworten sollte, die Vorlage zurück zu ziehen. Der Entwurf hat so umfassende Ablehnung aller Interessenten gefunden, daß die Regierung kaum den Mut haben kann, das Machwerk in dieser Form noch weiter zu verteidigen. Es kann kaum auf eine Reichstagsmehrheit für ihre Absichten rechnen da sie indes schon bewiesen hat, daß sie eine äußerste Fähigkeit besitzt (hat sie doch dieselbe Maß, wenn auch in kleinerem Maße, schon bei den Vorberatungen des Entwurfs während der Konferenzen im Reichsamt des Innern gefunden), so ist auch weiterhin auch alle Anstrengung der Arbeiterschaft nötig, den Anstoß auf die geistige und wirtschaftliche Emanzipation der besitzlosen Klasse zumilde zu machen.

• Aus unserer Bewegung •

**Krankfurt.** Am 15. Mai fand unsere Vierteljahres-Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab den Bericht. Besonders wurde eine rege Mitarbeit geleistet. Auch wurde die allgemeine Eingabe an Magistrat und Stadtverordnete eingereicht und dem sozialen Ausschuß überwiesen. Herr Tienner erstattete den Massenbericht. Der Massenbericht der Hilfskassen hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Er beträgt 1491,81 M. Herr Tegenhard gab den Marktbericht. Herr Schneider erstattete hierauf den Bericht von der Generalversammlung der Krankenkassenvertreter. Die Kollegen wurden aufgefordert, sich an dem am 21. Mai stattfindenden Gewerbegerichtswahlen zu beteiligen.

**Lübeck.** Eine gut besetzte Versammlung fand am 19. Mai statt. Die Lohnkommission erstattete Bericht von der Unterhandlung, die mit der Behörde gepflogen war. Beim Ziel- und Wegbau wurde die Kommission noch nicht abschlägig beschieden, dagegen wurden beim Wasserbau die Forderungen glatt abgelehnt. Dabei stellte Bauat Krebs sogar die Behauptung auf: „Wenn die Arbeiter etwas hausbaltlerisch wirtschaften, so können sie gut damit auskommen.“ Das ist ein starkes Zeug und geht nur von der eigenartigen Auffassung über Arbeiterfragen bei diesem Herrn. Der Bauat behauptete aber weiter, die Lohnkommission sei nicht von allen Arbeitern gewählt. In diesen Behauptungen scheint der Herr was zu wittern, was ihm unangenehm ist. Den Kollegen möchten wir nur zurufen: „Sattelt dich! Welche Sache steht gut!“ Wie liegt nun die Sache am Ziel- und Wegbau? Dort bekommt ein Arbeiter 31 Pf. wenn er anfängt. Das macht einen Jahresverdienst von 600 M., das heißt er muß immer arbeiten, Mezentage dürfen nicht kommen. Das mit diesem Lohn nicht auskommen ist, wird wohl jeder Mensch sagen. Darum wollen auch die Kollegen die Kampf und sind entschlossen, wenn ihre Forderungen abgelehnt werden, in den Kampf

zu treten. Die Organisation ist eine gute unter uns. Es wurde von den Kollegen beschlossen, die Woche nach Pfingsten Betriebsversammlungen abzuhalten, damit, wenn die Kommission, die bei dem Senator vornehmlich werden soll, eine ablehnende Antwort erhält, ihm die rechtzeitige Antwort erteilt werden kann.

**Magdeburg.** Entlassungen bei der städtischen Gartenverwaltung (Berrentrag) haben am 21. Mai durch den Stadt Oberbürgermeister Wiedling stattgefunden. Sind zwar die Mehrzahl der Entlassenen sogenannte Hofhofsarbeiter, für deren Beschäftigung der Magistrat zu Beginn des Jahres sich so warm ins Zeug legte, so befanden sich unter den Abgelobten auch Leute, die schon seit Jahren bei der städtischen Garten- und Parkverwaltung in Beschäftigung gestanden haben. Als Grund dieser Maßnahme gab der Oberbürgermeister an, daß die Arbeit besser eingeteilt werde. Dennoch hat es den Anschein, als ob Arbeitsmangel herrsche. Wie uns aber berichtet wird, ist gerade auf den Berrentrag noch Arbeit für den ganzen Sommer, und zwar nicht nur für die jetzt Beschäftigten, sondern auch noch für eine größere Zahl von Arbeitern. Nichts sonderbar muß aber berühren, daß seitens der Verwaltung des Berrentrags die entlassenen Arbeiter nicht anderen Betrieben der Garten- und Friedhofsverwaltung, wo doch gewiß kein Arbeitsmangel besteht, überwiesen werden. Oder hat Herr Wiedling keine Ahnung von der Verfügung des Herrn Oberbürgermeisters, daß eine Ueberweisung zu erfolgen hat? Denn was hätte es für einen Zweck, daß man einfach die Entlassenen auf die Nachfolge bei anderen Verwaltungen lenkt. Für die Vermittlung der Arbeitslosigkeit innerhalb der städtischen Betriebe soll doch der Arbeitsnachweis bemüht werden. Am 19. Februar d. J. hat der Herr Oberbürgermeister Dr. Lange bekannt gegeben, daß die städtischen Betriebe angewiesen sind, sich der Vermittlung des Arbeitsnachweises zu bedienen. Augenblicklich besteht diese Bekanntmachung für den Berrentrag nicht. Dagegen scheint dort unbekannt zu sein, daß seitens des Magistrats Beschlüssen vom 4. September und 21. Oktober 1907 erlassen sind, daß alle Arbeiter die in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage bezahlt erhalten. Diese Bezahlung ist aber verweigert worden. Vielleicht gibt Herr Wiedling die Gründe an, die ihn bewegen haben, diesen Bestimmungen nicht zu entsprechen.

**Stuttgart.** Sozialpolitik auf dem Stuttgarter Marktplatz. In einer unüblichen Sitzung hat der Stuttgarter Gemeinderat dem Vorschlag des Oberbürgermeisters bezw. dessen Altkassier Kraus zugestimmt, der ein großes Schloßlicht wirkt auf den Geist, der gegenwärtig auf dem Marktplatz umher. Seit Eröffnung des neuen Markthauses wurde die Meinung der gesamten Marktplatzbewohner unter Aufsicht des Hausmeisters bezw. dessen Frau sozial. Des öfteren hatten die Fabrikanten zum Beispiel, gegen die Behandlung durch den Hausmeister, besonders gegen die Frau Hausmeister Beschwerde zu führen. Da außerdem die Fabrikanten gegenüber den männlichen Arbeitern in Beziehung auf sogenannte besondere Vergünstigungen zurückgesetzt waren, liegen sie durch den Arbeiterauschuss darum nach, daß die betreffenden Bestimmungen der Arbeitsordnung auch auf sie Anwendung zu finden hätten. Teilweise hat man bereits Jahr in dem Verlangen auch stattgegeben. Dieses Krähbabe wurde der Arbeiterauschuss darum nach, für die Frauen an die Stelle des bisherigen Tagelohnes von 2,60 M., einen solchen von 2,50 M. zu gewähren, da die regelmäßigen alljährlichen Lohnvorstellungen auch nur auf männliche Arbeiter Anwendung finden, während die Frauen auf dem bereits im Jahre 1906 festgesetzten Lohn stehen blieben. Während der jährlichen Hauptrechnung sollte außerdem eine tagelohn Zulage von 20 Pf. gereicht werden. In Betracht zu ziehen ist hierbei, daß seit der Einführung des Megiebetriebes im Marktplatz von den städtischen Fabrikanten auch die Meinung dieser Kolonnen mit bezogen werden mußte, ohne daß auch nur eine Arbeiterin mehr eingestellt worden wäre. Mit dieser Arbeit sind täglich 3 bis 4 Frauen von den 13 je 3 Stunden beschäftigt. Der Oberbürgermeister machte nun den Vorschlag, bezw. er ließ durch „seinen Kraus“ vorschlagen, die Regierungung aufzuheben und die ganze Arbeit um 10.000 M. pro Jahr an den Hausmeister zu übertragen! Bisher wurden bei 2,60 M. pro Tag rund 10.500 M. jährlich an Lohn ausbezahlt. Der Hausmeister soll nun als Kaufhale für die gesamte Meinung 10.000 M. pro Jahr erhalten, also nicht einmal so viel, als bisher trotz aller Antreiber nur für Lohn allein ausbezahlt werden mußte. Des weiteren sind die eingeführten Vergünstigungen, wie Bezahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankenlohn, mit einem Redertrieb beseitigt, und auch da ist es möglich, wieder „etwas zu sparen“. Um sicher zu sein, daß die notwendige Mehrheit für den Reich auch zusammenkomme, hielt es der Oberbürgermeister für angebracht, harsche Vorwürfe gegen den Gemeindefabrikantenverband und dessen Leitung loszulassen. Warum macht man dies nicht öffentlich? Unter verschlossenen Türen über Abschiede beizufallen ist nicht nobel; am allerwenigsten ist es unehrenhaft eines Stadtverordneten würdig, sich solcher Mittel zu bedienen. Hier handelt es sich um arme Frauen, die zum Teil als Witwen mit ihrem karthagen Verdienst noch eine Reihe von Kindern ernähren müssen! Vergangenes Jahr, als es sich um die Lohnerhöhung des Oberbürgermeisters von 18.000 auf 20.000 M. und um die Erhöhung seiner Pension von 6000 auf 12.000 M. handelte,

ließ Herr v. Gauß alle Minen springen. Wie anders aber, wenn es sich um arme Arbeiterinnen handelt.

**Schöneberg.** In einer gut besuchten allgemeinen Versammlung, die bei Großer stattfand, referierte kürzlich Stadiv. Müller über: "Die Neuordnung der Lohn- und Anstellungsbedingungen der städtischen Arbeiter", die ja nicht in dem Sinne, wie sie von den Arbeitern gestellt wurden, angenommen wurden, aber immerhin sind sie ganz annehmbar. Die Lohnsätze, welche in Tagelöhne gezahlt werden, sind folgendermaßen vorgeschrieben: Ständige Arbeiter Anfangslohn 4 Mk., Gärtner und Metzgerhilfen 4,25 Mk., Wächter 3,75 Mk., Arbeiterinnen 2,75 Mk. Der Lohn der Arbeiterinnen steigt von 2 zu 2 Jahren um 25 Pf. bis zur Höhe von 5 Mk. nach 8 Jahren, der der Gärtner und Metzgerhilfen steigt von Jahr zu Jahr um 25 Pf. bis zum Höchstlohn von 5,50 Mk. nach 5 Jahren. Nichtständige Arbeiter: Gärtner und Metzgerhilfen 4 Mk., Arbeiter und Wächter 3,75 Mk., Arbeiterinnen 2,50 Mk., Arbeiterinnen 1,50, 2, 2,50, 3 Mk. Heimenachfrauen, die im Monatslohn stehen, 50 Mk. monatlich, Heimenachfrauen im Stundenlohn 0,30 Mk. die Stunde. Anhilfsarbeiter (Notstandsarbeiter) erhalten einen Tagelohn von 3,50 Mk. Handwerker erhalten die tarifmäßigen Lohnsätze ihres Berufes. Die Vorarbeiter erhalten zu dem tarifmäßigen Tagelohn als Arbeiter einen Lohnaufschlag von 50 Pf., desgleichen die Desinfektoren und Kraftwagenführer einen Lohnaufschlag von 1 Mk. Für die Krankenhausbediensteten ist eine Pauschalsumme eingestellt, so daß auch sie höhere Löhne erhalten. Die in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage sollen voll bezahlt werden. Für Nebenstunden Wochentags werden 25 Proz., für Sonntags 50 Proz. gezahlt. Auch die Differenz zwischen Lohn und Krankenlohn hat eine Änderung erhalten. Es soll gezahlt werden für nichtständige Arbeiter eine Woche, für ständige 8 Wochen. Die Alters- und Heilungsverordnung ist von 7/10 auf 7/10 erhöht worden. Den Ausführenden des Stadivorderechnen Müller folgte großer Beifall. Eine einstimmig angenommene Resolution sprach sich für volle Aufrechterhaltung der gestellten Forderungen aus.

**Stuttgart.** Am 11. Mai fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus statt. Genosse W. Plos hielt einen Vortrag über: "Arbeiterorganisationen im Mittelalter". In 14 Jahrhunderten, interessantesten Ausführungen verstand es der Redner, seine Zuhörer zu fesseln und in anschaulicher Weise die Anfänge der Arbeiterbewegung in den Geleisen zu darlegen. Mit der stetigen Erstarkung des Kapitalismus — als notwendige Folge der Entwicklung — mußten sich naturgemäß die Massenorganisationen immer mehr verschärfen, und entstanden hieraus die mächtigen Kampfsorganisationen, in denen sich die Arbeiterkraft in der heutigen Zeit zusammengeschlossen hat. Den Redner lobte lebhafter Beifall für seine trefflichen Ausführungen. — Kollege Dauser sprach zu der am 25. und 26. Mai stattfindenden Gewerkebeiratswahl. Es sei uns möglich gewesen, ebenfalls einen unserer Kollegen auf den Wahlzettel zu bringen, und da nach dem Proportionalsystem gewählt wurde, sei dessen Wahl als Gewerkebeiratsmitglied gesichert. Weiter hätte sich die Organisationsleitung mit Erfolg dafür verwendet, daß auch die Kollegen des Wasserwerks und der Latrinensperrten Wahlberechtigt seien, und somit auch für diese Betriebe das Gewerkegericht als zuständig erklärt worden sei. Seither war dies nur beim Elektrizitätswerk und dem Gaswerk der Fall. Es ist dringend zu wünschen, daß die Kollegen nunmehr auch vollständig von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

**Rundschau**

**Explosion in der Charlottenburger Gasanstalt.** In einer Sitzung der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung teilte Stadtrat Cassierer näheres über die Explosion in die Gasanstalt mit. Wahrscheinlich ist irgendwo an den Röhren etwas nicht geworden und Gas ausgetreten. Als sich der Gasgeruch bemerkbar machte, wurde der Betriebsleiter Korkert sofort gerufen. Während er noch mit der Untersuchung beschäftigt war, erfolgte fast gleichzeitig im Meißelhaus und im Erbauflörsraum zwei gewaltige Explosionen, bei der im Meißelhaus der Betriebsleiter und ein Maschinist, im Erbauflörsraum zwei Arbeiter und ein Telephonist verletzt wurden. Zwischen Meißelhaus und Erbauflörsraum liegt eine alte Gasleitung, von deren Bestehen der jetzigen Direktion nichts bekannt war. Es wird angenommen, daß aus dem Erbauflörsraum durch diese alte Gasleitung das Gas in den Meißelraum gekommen ist, sich dort entzündete und die Explosion hervorgerufen hat. Gleichzeitig kann auch die Flamme durch die alte Leitung zurückgeschlagen sein und die Explosion im Erbauflörsraum verursacht haben. Im Erbauflörsraum wurde das Dach fast vollständig abgedeckt, und die beiden Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Tiefe kleine Leute und der Maschinist im Meißelhaus sind mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davonkommen, während der Betriebsleiter und der Telephonist erheblich schwerer verletzt worden

sind. Dem Betriebsleiter Korkert mußte im Laufe des Nachmittags das eine Auge durch einen operativen Eingriff entfernt werden. Lebensgefahr soll bis jetzt bei keinem der Verletzten vorhanden sein.

Ein Schritt auf dem Wege zur Versammlungsreform. Die städtische Volkshausverwaltung hat den Vorständen der Arbeiterorganisationen eine Aufstellung der Mietpreise zugehen lassen, die für die einzelnen Zimmer und Säle bezahlt werden müssen, wenn nicht serviert wird. Sie hat damit den immer lebhafter werdenden Wünschen nach dem Abschaffen des störenden Servierens während der Versammlungen Rechnung getragen. Die Mietpreise schwanken zwischen 1 Mk. und 10 Mk. (großer Saal einschließlich Heizung und Beleuchtung) und sind verhältnismäßig so niedrig, daß sofort in die Augen springt, wie sehr sich — abgesehen von der erhöhten Aufmerksamkeit — das heute gerade für die regelmäßigen Besucher so kostspielige Versammlungsleben verbilligen ließe, wenn die Organisationen dazu übergingen, Miete zu zahlen und so das Servieren auszuscheiden. Die Aufstellung des städtischen Volkshauses zeigt, daß der Beitrag für die Miete auf das einzelne Mitglied im ganzen Jahre nur jenseit bezogen würde, wie jetzt jeder in 3-4 Versammlungen ausbezogen gezwungen ist. Selbstverständlich würde das neue System auch die finanzielle Seite der Volkshäuser günstig beeinflussen, die jetzt nur zu häufig — man denke an die Krise und Arbeitslosigkeit — bei schlechtem Versammlungsbesuch die Kosten für Beleuchtung und Heizung der Räume nicht herauszuschlagen können. Es wäre zu begrüßen, wenn die Arbeiterorganisationen dieser Frage einmal ihre Aufmerksamkeit schenken würden. Gerade das Ausbleiben und Austragen des Biers während der Reden verursacht fast untragliche Störungen für den Redner und die Zuhörer.

Der Kampf zwischen Schauspielern und Direktorenorganisation. Die diesjährige Generalversammlung des Deutschen Bühnenvereins (Direktorenverband) tagte kürzlich in Düsseldorf unter dem Vorsitz des Grafen v. Hülshoff. Inzwischen waren 61 Mitglieder, dem Verein gehören 107 aktive Mitglieder an. In Rücksicht auf die Differenzen des Vereins mit der Genossenschaft deutscher Bühnennachbärer (Schauspielerverband) hat die Stadt Düsseldorf — so meldet wenigstens die bürgerliche Presse — von einer offiziellen Begrüßung des Vereins Abstand genommen, da sie mit den Maßnahmen des Bühnenvereins nicht einverstanden sei. Wie die Verhandlungen der Generalversammlung darlegten, steht der Verein auch heute noch auf dem Boden der bekannten Beschlüsse vom 11. Januar d. Js. Die Schärfe, in der er dabei noch über Wasser, wenn sie auch nicht betonen, daß der Kampf sich nicht gegen die Bühnengenossenschaft als solche, sondern gegen das jetzige Präsidium der Genossenschaft richte, das "sich nicht als einmütig handelnd" bezeichnen würde. Ein von acht Direktoren gestellter Antrag auf Aufhebung der Beschlüsse der letzten Generalversammlung, die sich gegen die Pensionsanstalt der Genossenschaft deutscher Bühnennachbärer richtete, wurde vor Eintritt in die Verhandlungen zurückgezogen. Tägliche wurde eine Erklärung des Baron Putlib, daß der Verein einmütig hinter seinem Präsidium, Erziehung Hülshoff, stehe, mit Beifall angenommen. Die Stimmung gegen die Bühnengenossenschaft kam am heftigsten zum Ausdruck bei der Beratung über die Gründung einer Unterabteilung des deutschen Bühnenvereins; zum Vortritt dieser Sache sollen die Vereinsmitglieder alljährlich eine obligatorische Benefizvorstellung geben. Ein Antrag des Direktors Dr. Brahm wollte nun den Mitgliedern gestatten, neben dieser Benefiz auch Benefize für andere humanitäre Zwecke zu geben oder bei diesen mitzuwirken. In der Begründung betonte Brahm ausdrücklich, daß er damit keineswegs Benefize für die Bühnengenossenschaft im allgemeinen befürworte, daß man aber die Unterabteilung der Genossenschaft nicht bestrafen dürfe und für diese Benefizvorstellungen zulassen müsse. Der Antrag wurde vom Direktor der Mainzer Stadttheater und einigen anderen Herren lebhaft befürwortet, von anderen dagegen mit Entschiedenheit bekämpft. Man dürfe der jetzigen Leitung der Genossenschaft kein Entgegenkommen zeigen, das nur als Schwäche angesehen werde. Direktor Gregor erklärte: "Diesem Präsidium keinen Groschen." Der Antrag Brahm wurde mit 35 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Wie in der Debatte betont wurde, sollen auch Genossenschaftsmitglieder aus der Masse unterstutzt werden. Jüngere redlichen Anspruch auf Unterstutzung haben natürlich die Schauspieler nicht, wie sie wohl auch in der Verwaltung der Unterabteilung keine Vertretung haben — wenigstens ging dies aus der Debatte nicht hervor — und so kann die gegründete Klasse nur den Charakter einer Wohlthätigkeitsklasse der Theaterunternehmer haben, wie sie ähnlich in industriellen Betrieben, allerdings lokalisiert, bestehen. Im übrigen wurden alle Punkte der Tagesordnung, die etwa auf die bestehenden Differenzen hinarbeiteten konnten, von der Tagesordnung abgesehen. Das bisherige Präsidium, Baron Putlib und Direktor Gregor, wurden wiedergewählt. Weiter beschloß die Versammlung, eine Eingabe an die Ministerien auf Anerkennung der Bestimmungen über die Monopolisierung von Theaterstätten, um eine bessere Unterstutzung der Bühnennachbärer zu ermöglichen. Ein An-

trag, wonach sich die Stbuenleiter verpflichten, auch nach 1913 Richard Wagners „Parzival“ nicht aufzuführen, solange das Bayerische Zeitungsverband unter der Leitung der nächsten Erben Wagners und der jetzigen Verwaltung besteht, wurde im zustimmenden Sinne einer Kommission überwiesen. Angenommen wurde ein Antrag auf Schaffung einer Ausnahmestelle, die mit dem Generalsekretariat und der Redaktion der „Deutschen Stimme“ zu einem Zentralbureau des Deutschen Stbuenvereins in Berlin vereinigt werden soll.

Ein Programm planmäßiger Bekämpfung des Alkoholismus veröffentlicht im „Abtinenten Arbeiter“ Genosse habenstein. Einem allgemeinen Teil, der die Schäden des Alkohols, insbesondere für die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung, darlegt, und die Aufgabe des Arbeiterabtinientenbundes, als einer sozialdemokratischen Organisation, entwickelt, folgt das Aktionsprogramm folgenden Inhalts: 1. Aufgaben der Arbeiterbewegung selbst. 2. Verbreitung von Aufklärung über die Gefahren des Alkohols, insbesondere für das jugendliche Alter. 3. Strenge Kernhaltung der Kinder vom Alkohol. 4. Auslösung des Trübsinns bei allen, des Alkoholgenusses bei allen gefährlichen und belebenden Zusammenkünften. 5. Vermeidung aller Vereinarbeiten, durch die eine Förderung des Verbrauchs alkoholischer Getränke herbeigeführt wird, und aller Maßnahmen, die eine Förderung des Alkoholgenusses bezwecken. 6. Ablehnung von Alkoholisierungen. 7. Strenge Trennung der Arbeitsmaniere und der Ausstattung der Unterhaltungsgeister von Schankstätten. 8. Entziffern für Auflösung der Lohnzahlung in Form alkoholischer Getränke (Reis, Deparat) und Vermeidung aller mit dem Alkohol zusammenhängenden, einer selbstbewussten Arbeiterkraft unwürdigen Angelegenheiten, wie Reis, Kabinenmäntel, Platanen usw. 9. Auslösung des Alkohols bei der Arbeit. 10. Zentrale Vermeidung des Alkoholgenusses bei Lokalfestlichkeiten, Wahlbewegungen und politischen Demonstrationen. 11. Vermeidung von Versammlung und Verfechtungen durch genossenschaftlichen Zusammenhalt unter Ablehnung finanzieller Begründung auf den Alkoholverbrauch. 12. In die Monium- und Saagenenständarten wird im Interesse der Mutteraufgaben der Genossenschaftsbewegung der Auftrieb gewährt, durch geeignete Maßnahmen den Kampf gegen den Alkohol zu fördern, vor allem aber alle gefährlichen Maßnahmen, die eine Förderung des Alkoholgenusses zur Folge haben, zu vermeiden. 13. Forderungen an Staat und Gemeinde. 14. Methodische Aufklärung über den Alkohol, insbesondere im Schulunterricht. 15. Ablehnung aller finanziellen Maßnahmen, durch die öffentliche Schankstätten am Alkoholverbrauch interessiert werden. 16. Zwang nach ein Teil des öffentlichen Einkommens aus dem Alkoholverbrauch nicht, Verwendung eines möglichst großen Teiles davon zur unmittelbaren Bekämpfung des Alkoholismus. 17. Verbot der Schenkung alkoholischer Getränke als Lohn sowie der Verbindung von Arbeiterabtwits mit Gast- oder Schankwirtschaftsbetrieb. 18. Vermeidung des Anmerkmens. 19. Beacht der Abgabe von Alkohol an Jugendliche. 20. Fürsorge für Alkoholfranke. 21. Schutz der Familie und der Gesundheit vor Trunksuchtigen. 22. Gute Trinkwasser-versorgung. 23. Förderung des Verbrauchs von Milch, Ei und sonstigen gesunden Genussmitteln. 24. Vermeidung öffentlicher Räume für Bildungs- und Versammlungszwecke. 25. Einrichtung von Verboten, Volkshäusern, öffentlichen Turn- und Spielplätzen u. a. mit gleichem Benutzungszweck für alle Klassen und Parteien. 26. Übernahme des Schankwirtschaftsbetriebes auf die Gemeinden. 27. Vermeidung der Betriebe in einer Weise, die jedes Interesse am Alkoholverbrauch ausschließt. 28. Verwendung der Einnahmen aus dem Alkoholverband zur Bekämpfung des Alkoholismus. 29. Recht der Bevölkerung beider Geschlechter, durch Abstimmung im Reich, Staat, Provinz und Gemeinde über die Zulässigkeit der Erzeugung und des Verkehrs alkoholischer Getränke und Genussmittel zu entscheiden. Den Schluss bildet die Verpflichtung der Mitglieder des Bundes zum Anschluss an die Arbeiterorganisationen und der Auftrieb an alle Arbeiter zum Studium der Alkoholfrage, aller auf dem Boden der Alkoholgenossenschaft stehenden Genossen zum Anschluss an den Arbeiterabtinientenbund, die einzige Organisation, die den Alkohol im Sinne der Arbeiterbewegung bekämpft. Die gleiche Nummer des „Abtinenten Arbeiter“ enthält einige weitere Vorschläge: so die Selbstherzeugung alkoholischer Getränke durch die Gemeinden; die Vermeidung der natürlichen Mineralquellen; die Schaffung von Unterhaltungsstätten und bezugbaren Räumen für die dem öffentlichen Verkehr dienenden Parteien u. a. Die Generalversammlung des Bundes, die zu Pfingsten in Hannover stattfindet, wird sich mit diesen Programmvorstellungen zu befassen haben. Sie beweisen jedenfalls, daß der Bund weit entfernt von frömmelnder Traktandenpolitik ist, vielmehr auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung den Alkohol als ein Hindernis der Befreiungsarbeit des Proletariats bekämpft.

**Gewerkschaften und Konsumvereine.** Die vorjährige Konferenz der bayerischen Gewerkschaftsartelle hat sich u. a. auch mit dem Verhältnis zwischen Gewerkschafts-

Genossenschaftsbewegung beschäftigt und in einem Beschlusse ausgesprochen, daß die Artelle darüber zu wachen hätten, daß die Aufsichtsräte der Genossenschaften von wirklich genossenschaftlichem und auch gewerkschaftlichem Geiste erfüllt würden. Eine Konferenz der bayerischen Konsumvereine hat sich mit der Frage beschäftigt. Das Ergebnis der Aussprache war, daß sowohl an den Süddeutschen Verbandstag der Konsumvereine in Würzburg als auch an den Allgemeinen Genossenschaftstag in Mainz der Antrag gestellt wird, es seien die dem Zentralverband angehörigen Vereine zu verpflichten, darauf zu achten, daß Waren nur aus Geschäften bezogen werden, die die tariflichen Abmachungen mit den Gewerkschaften beachten.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

**Kommunale Praxis.** Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindegewalt. Herausgeber: Dr. Albert Seidelmann. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Nr. 20 und 21. Vierteljährlich nur 3,- M. Probeummern sind jederzeit kostenlos zu beziehen.

**Die Neue Zeit.** Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 34 vom 27. Jahrg. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 75 Pf.

**Der Wahre Jakob.** Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 11. 26. Jahrgang. Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

**Süddeutscher Postillon.** Verlag: M. Ernst in München, Senefelderstr. 4. Nr. 11. Preis pro Nummer 10 Pf.

**Der Arbeitsmarkt.** Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte, herausgegeben Prof. Dr. A. Jastrow, Berlin, Verlag von Georg Meiner. Nr. 8 des 12. Jahrg.

**Für die Agitation.** Die Reichstagsrede des Genossen Dr. David zum Etat des Reichsanstalters ist als Sonderabdruck im Verlage der „Volkszeitung“, Mainz, erschienen. Sie gibt einen klaren Überblick über die großen Fragen der inneren Politik, die zurzeit im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen. Mit schneidendem Fein wird das Hässliche der Verträge des Wilhelms in Sachen der Finanzreform und der Reformen des Reichsanstalters gezeichnet. Auch sind die Enthüllungen über die Geheimkonferenz der Grundbesitzer von hervorragender agitatorischer Bedeutung. Zum Schluss stellt Genosse Dr. David dem korrupten herrschenden System die großen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Forderungen der Sozialdemokratie in überaus wirksamer Weise entgegen. So bildet der mit Einleitung und Anmerkungen versehene Sonderabdruck eine vorzügliche, heftartige Agitationsbrochure, deren Verbreitung unterer Bewegung überall von großem Nutzen sein dürfte und sich zur Massenverbreitung eignet. Preis 15 Pf.

**Der Kampf des Münchener Tonkünstler-Verbandes und seine Bedeutung für die deutschen Musiker von Max Krappach.** Preis 60 Pf., 64 Seiten broschiert. München bei G. Fink u. Co. m. b. H.

Wenn auch bereits früher einzelne Musikerverbände um ihre primitiven Forderungen kämpfen mußten, so geschah dies doch niemals mit der Selbstheit und Opferwilligkeit, wie sie im Falle des eben genannten Münchener Tonkünstlerverbandes zu konstatieren sind. Wo immer die Musiker ähnlich schärfste auszukämpfen haben, werden sie daher auf der Münchener Vorgänge Bezug nehmen müssen, weil hier, in diesem Kampfe wohl zum ersten Male, der Kampf der Musiker ganz auf genossenschaftlicher Basis durchgeführt worden ist. Diese durchaus sachliche Darstellung der für alle organisierten Arbeiter lösbaren Vorgänge in Verbindung mit dem Wert, da sie die Tatsachen objektiv feststellt. Wir können die gut ausgearbeitete Schrift nicht nur allen Musikern, sondern auch allen Gewerkschaftlern, die sich ein klares Bild über den Gegenstand verschaffen wollen, bestens empfehlen.

**Cotenliste des Verbandes.**

<b>Thaddäus Herber, Kiel</b> Schmied † 14. 5. 1909, 43 Jahre alt.	<b>Carl Reckun, Berlin</b> Revierinspektion † 20. 5. 1909, 41 Jahre alt.
<b>Georg Brann, Lörach i. W.</b> Gesarbeiter † 18. 5. 1909, 63 Jahre alt.	<b>Paul Brieße, Berlin</b> Parlarbeiter † 21. 5. 1909, 45 Jahre alt.
<b>Cirero Caspari, Hamburg</b> Arbeiter † 25. Mai 1909, 46 Jahre alt.	
<b>Ehre ihrem Andenken!</b>	

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 68 Pf. m. m. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Druck: Bornwais Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.